

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

## September 2006



### Der starke Staat ist nicht der dicke Staat

Sind denn alle Finanzminister immer nur aufs Geld der Leute aus? Liegt ihnen nichts an einem finanziell geordneten Staatswesen mit einer erträglichen Abgabenlast der Bürger? In Deutschland kann jeder Finanzminister für sich in Anspruch nehmen, diesem Zerrbild nicht zu entsprechen. Aber Staatsanteil und Steuerquote steigen auch in Deutschland bisweilen sprunghaft, und auf längere Sicht sogar kontinuierlich. Manchmal nimmt die Schuldenrate innerhalb weniger Jahre bedrohlich zu. Dann wird wieder, meist mit höheren Steuern, ein Sanierungsversuch unternommen. Aber das, was der vielzitierte ordentliche Kaufmann unter „Konsolidierung“ versteht, also eine langfristig angelegte Bilanzbereinigung, gelingt immer seltener.

Peer Steinbrück, der Finanzminister der großen Koalition, hat jetzt einen Bundeshaushalt 2007 vorgelegt, der zeigt, in welche Zwickmühle die Finanzpolitik geraten kann, wenn die Schulden erst einmal aus dem Ruder gelaufen sind. Eigentlich müsste der Staat gerade jetzt die Steuern senken, um die Unternehmen zu Investitionen zu ermuntern. Das würde die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen und die Zahl der angebotenen Arbeitsplätze vergrößern. Stattdessen werden mit dem Haushalt nun Steuergesetze beraten, die die Steuerlast noch schwerer machen: mit der Mehrwertsteuer, mit der sogenannten Reichensteuer und mit einer Reihe von Steueränderungen, die den Unternehmen das Investieren nicht leichter machen.

Der Finanzminister wird dafür kritisiert. Doch was soll er tun? Ausgaben und Schulden senken wäre das Richtige. Aber das wird die Parlamentsmehrheit nicht mitmachen. Eine höhere Verschuldung verbietet sich, weil sie wirtschaftlich schädlich und rechtlich unzulässig wäre. Es zeigt sich wieder einmal: Der wirtschaftlich und sozial starke Staat ist nicht der dicke, sondern der schlanke Staat. Der nämlich braucht keine Steuererhöhung zur falschen Zeit.

Hans D. Barbier

### Sicherheit gesucht

Die Arbeitnehmer haben 2005 rund 200 Milliarden € in die gesetzlichen Sozialversicherungen eingezahlt. Die damit gewonnene Sicherheit war vielen nicht ausreichend: Zusätzlich wurden summa summarum rund 160 Milliarden € für private Lebens-, Sach- und sonstige Versicherungen ausgegeben. Im Durchschnitt hat jeder Deutsche sechs Versicherungen.

www.gdv.de

#### Versicherungen

Prämien 2005 in Milliarden €

Lebensversicherung	72,1
Kfz-Versicherung	21,9
Privathaftpflichtversicherung	6,8
Unfallversicherung	6,0
Wohngebäudeversicherung	4,0
Rechtsschutzversicherung	3,0
Hausratversicherung	2,5

Quelle: Gesamtverband der Dt. Versicherungswirtschaft

### Alle Jahre wieder: Ausbildungsplätze fehlen

Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales, will das Sonderprogramm für schwer vermittelbare Jugendliche ausweiten: In der Haushaltsdebatte Anfang September kündigte er an, dass so genannte Einstiegspraktika von bislang 25 000 auf 40 000 Plätze aufgestockt werden sollen. Die im Rahmen des Ausbildungs paktes mit der Wirtschaft geschaffenen Einstiegsqualifika-

tionen hätten sich als erfolgreich erwiesen, denn in rund 60 Prozent der Fälle konnten Absolventen von Einstiegspraktika eine reguläre Ausbildung beginnen.

Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind im neuen Ausbildungsjahr noch 215 000 junge Menschen ohne Lehrstelle.

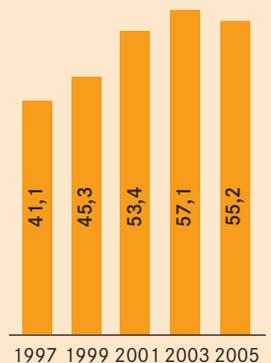
www.arbeitsagentur.de

### Sparsamer getankt

Der Staat hat 2005 rund 55 Milliarden € durch Mineralöl-, Kfz- und Stromsteuern eingenommen, das waren 1,6 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Hauptanteil an diesen Steuern hatte mit 40 Milliarden € die Mineralölsteuer; sie umfasst die Steuern auf Kraftstoffe, Erdgas und Heizöl. Die Kfz-Steuer brachte 8,7 Milliarden € in die Staatskasse, die Stromsteuer 6,5 Milliarden €.

#### Steuerquellen

Einnahmen durch Mineralöl-, Kfz- und Stromsteuern in Milliarden €



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer sind besonders deutlich gesunken. Ursache für den Einnahmerückgang um vier Prozent war ein geringerer Verbrauch von Benzin und Diesel.

[www.destatis.de/presse/](http://www.destatis.de/presse/)

### Bundeswehr im Ausland

Neben der Katastrophenhilfe ist die Bundeswehr immer häufiger auch bei „internationalen, den Frieden sichernden und schaffenden Missionen“ aktiv. Die erste Mission im Auftrag der Vereinten Nationen begann 1992 in Kambodscha. Die sogenannten einsatzbedingten Zusatzausgaben summieren sich bis einschließlich Dezember 2005 auf rund 8,8 Milliarden €. Für das laufende und das kommende Jahr rechnet die Bundesregierung mit Ausgaben von je rund 650 Millionen €. Weitere, nicht planbare Ausgaben können durch neue oder erweiterte Einsätze nötig werden.

[dip.bundestag.de/btd/16/023/1602321.pdf](http://dip.bundestag.de/btd/16/023/1602321.pdf)

#### Einsatzkosten

einsatzbedingte Zusatzausgaben  
in Millionen €

1992	40
1993	214
1994	83
1995	131
1996	286
1997	255
1998	183
1999	554
2000	1 076
2001	1 192
2002	1 502
2003	1 353
2004	1 025
2005	884
<b>Gesamt</b>	<b>8 778</b>

Quelle: Deutscher Bundestag

## Auf dem Weg in die Einheitskasse?

Anfang Juli 2006 hat die Bundesregierung Eckpunkte für eine Gesundheitsreform festgelegt. Sie möchte „die Strukturen des Gesundheitssystems modernisieren und neu ordnen“. Dazu soll der Wettbewerb der privaten Krankenkassen untereinander und mit den gesetzlichen Krankenkassen „intensiviert werden“.

Wer im Monat mehr als 3 937,50 € verdient – dieser Betrag ist als sogenannte Versicherungspflichtgrenze definiert –, kann entweder freiwilliges Mitglied in einer gesetzlichen Kasse werden oder sich privat versichern. Diese Wahlfreiheit haben – unabhängig von der Höhe ihres Einkommens – auch Beamte und Selbständige. Dagegen müssen sich Arbeitnehmer mit einem Einkommen unter der Versicherungspflichtgrenze immer in einer gesetzlichen Krankenkasse versichern.

### Historisch gewachsen

Das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Krankenkassen ist historisch bedingt. Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entstanden erste Krankenversicherungen. Es waren ab 1840 zunächst freie Hilfskassen, die von Gewerkschaften getragen wurden. Andere folgten dem Beispiel der organisierten Arbeiterschaft. 1848 gründeten die Beamten des Berliner Polizeipräsidiums ihre eigene Krankenkasse, weitere berufsständische Kassen zogen nach. Durch die Sozialgesetzgebung wurde die Krankenversicherung 1883 als erster Zweig der Sozialversicherung ausdrücklich zu einer Pflichtversicherung für Arbeiter. Ab diesem Zeitpunkt lässt sich eindeutig zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung

unterscheiden: Die nicht von der staatlich verordneten Pflichtversicherung erfassten Personen waren deshalb bestrebt, eigene Versicherungen zu bilden.

Gegenwärtig sind rund 70,5 Millionen Menschen in Deutschland gesetzlich und 8,4 Millionen privat krankenversichert. Nach landläufiger Vorstellung erhalten privat versicherte Patienten schneller Arzttermine, bessere Behandlungen und wirksamere Medikamente. Zwar kann es in der Praxis vorkommen, dass Privatpatienten bei Ärzten bevorzugt werden; ob sie auch medizinisch besser versorgt werden als gesetzlich Versicherte, ist damit aber nicht gesagt.

### Günstige Beiträge locken

Reizvoll an einer privaten Krankenversicherung ist für junge, gut verdienende ledige Personen ohne Kinder die Höhe der monatlichen Prämien. Die privaten Krankenkassen legen die Beiträge für jeden Versicherten individuell und unabhängig vom Einkommen fest. Sie prüfen das Krankheitsrisiko eines Versicherten: Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand bestimmen die Beitragshöhe. Durch hohe Selbstbeteiligungen können die monatlichen Beiträge wesentlich niedriger ausfallen als in der gesetzlichen Krankenversicherung. Ein 30 Jahre alter Mann

kann sich laut Werbung der privaten Kassen bereits für 70 bis 80 € im Monat versichern.

Die Beiträge für die gesetzliche Krankenkasse richten sich dagegen nach dem monatlichen Bruttoverdienst eines Arbeitnehmers. Zur Zeit liegt der durchschnittliche Beitragssatz bei 14,2 Prozent. Davon trägt der gesetzlich Versicherte rund 7,5 Prozent, sein Arbeitgeber den Rest. Mit steigendem Einkommen wird die private Krankenversicherung also attraktiver.

Allerdings hat die Prämienfestsetzung der privaten Kassen einen Haken: Mit zunehmendem Alter steigen die Beiträge für die Versicherten. Zwar werden Rückstellungen für das Alter angespart; sie allein reichen aber meist nicht zur Kostendeckung. Außerdem verfallen die Rückstellungen, wenn ein privat Versicherter seine Krankenkasse wechselt. Wer privat versichert ist, muss zudem seine Familienangehörigen ebenfalls privat versichern. Für jeden wird ein eigener Beitrag fällig, anders als in der gesetzlichen Kasse, in der Ehegatten und Kinder kostenlos mitversichert sind.

### Umbau geplant

Durch die Gesundheitsreform soll die private Krankenversicherung umgebaut werden. Die Eckpunkte der Bundesregierung sehen vor,



„Der staatliche Zwangsschutz hat dort Halt zu machen, wo der Einzelne und seine Familie noch in der Lage sind, selbstverantwortlich und individuell Vorsorge zu treffen.“

Ludwig Erhard

■ dass in der Privatversicherung künftig grundsätzlich nur noch ein einheitlicher Basistarif abgeschlossen werden kann, der dem Leistungsniveau der gesetzlichen Kassen entspricht; daneben können Zusatzversicherungen angeboten werden.

■ Wie in der gesetzlichen Versicherung soll es künftig auch bei den Privatkassen einen Finanzausgleich geben, der „gute“ und „schlechte“ Gesundheitsrisiken ausgleicht.

■ Bei Arztbesuchen sollen gesetzliche und private Kassen für vergleichbare Leistungen eine vergleichbare Vergütung zahlen.

■ Altersrückstellungen können künftig beim Wechsel der Versicherung mitgenommen werden.

■ In eine private Kasse soll wechseln dürfen, wer drei Jahre hintereinander die Versicherungspflichtgrenze überschreitet.

■ Jeder Antragsteller soll von den privaten Kassen aufgenommen werden; wie in der gesetzlichen Krankenversicherung gilt der sogenannte Kontrahierungszwang.

### Ziel des Umbaus unklar

Warum die Bundesregierung die privaten Versicherungen in dieser Legislaturperiode umbauen möchte, wird aus den Eckpunkten nicht deutlich. Die Existenz der privaten Versicherungen wird nicht in Frage gestellt, im Gegenteil: Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das „plurale System“ erhalten und „die privaten Krankenversicherungen auch zukünftig als Vollversicherer im Markt bleiben“ sollen.

Der Verweis auf mehr Wettbewerb trägt nicht. Eine Drei-Jahres-Frist als Voraussetzung für den Wechsel in eine private Versicherung würde es Berufseinsteigern des Jahres 2006 erst im Jahr 2009 erlauben, von ihrer Wahlfreiheit Gebrauch zu machen. Damit wird aber auch der Wettbewerb um Versicherte um zunächst drei Jahre verschoben. Der Wettbewerb wird sogar noch weiter beschränkt, wenn künftig alle privaten Versicherungen einen einheitlichen Basistarif anbieten müssen. Dann kann nur noch mit Zusatzversicherungen um neue Versicherte geworben werden.

Die Eckpunkte lassen erkennen, dass die Regeln für private und gesetzliche Krankenversicherungen angeglichen werden. Gleiche Vergütungen für den Arztbesuch, Risikostrukturausgleich, Kontrahierungszwang – diese Elemente sind für die gesetzlichen Krankenkassen längst üblich. Das hat sie allerdings nicht vor den andauernden Finanzierungsproblemen bewahrt. Fraglich ist, warum das funktionierende System der privaten Krankenversicherung Strukturen aus der gesetzlichen Versicherung übernehmen soll.

Das größte Manko des skizzierten „Umbaus“ ist jedoch, dass die geplanten Maßnahmen nicht für alle Bürger gelten. Sie beziehen sich ausschließlich auf freiwillig und bereits privat Versicherte. Alle übrigen Versicherten – und das ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung – werden weiterhin keine Wahlfreiheit haben.

Andreas Schirmer

## Krankenkassenvergleich

### Private Kassen

### Gesetzliche Kassen

#### Versicherungsprinzip

Individualitätsprinzip:  
Jeder zahlt nach seiner persönlichen Risikosituation (Gesundheitszustand, Alter, Geschlecht)

Solidarprinzip:  
Junge zahlen für Alte, Gut- für Wenigverdienende; die Finanzierung erfolgt durch Umlage.

#### Mitglieder

Beamte, Selbständige, Freiberufler, Studenten können sich unabhängig vom Einkommen privat versichern, Angestellte und Arbeiter erst ab einem Einkommen von 3 937,50 € im Monat.

Arbeitnehmer mit Einkommen unter der Versicherungspflichtgrenze von 3 937,50 € im Monat sind pflichtversichert. Besserverdienende, Selbständige und Beamte können sich freiwillig versichern.

#### Familienangehörige

Keine kostenlose Mitversicherung. Für jedes Familienmitglied muss ein eigener Vertrag abgeschlossen und bezahlt werden.

Ehepartner und Kinder ohne Einkommen bzw. nur mit geringem eigenen Einkommen sind beitragsfrei mitversichert.

#### Beiträge

Sie richten sich nach Geschlecht, Alter und Gesundheitszustand bei Vertragsabschluss. Krankheiten führen zu Risikozuschlägen. Leistungsniveau sowie Eigenbeteiligung beeinflussen den Beitrag. Ist der privat Versicherte Arbeitnehmer, zahlt der Arbeitgeber die Hälfte des tatsächlichen Beitrags, maximal bis zum halben Höchstbeitrag der gesetzlichen Krankenversicherung.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen sich den allgemeinen Beitrag von derzeit durchschnittlich 13,3 Prozent des Bruttoeinkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze von 3 562,50 €. Die Arbeitnehmer zahlen zusätzlich einen Beitrag von 0,9 Prozent. Der Höchstbeitrag liegt bei 237 € für den Arbeitgeberanteil und 269 € für den Arbeitnehmer.

#### Leistungen

Kostenerstattungsprinzip:

■ Freie Arztwahl; auch unter Fachärzten und Heilpraktikern. Voraussetzung ist allerdings die medizinische Notwendigkeit.

■ Die Leistungserbringer rechnen mit dem Patienten ab, der die Rechnung dann bei seiner Versicherung zur Erstattung einreicht. Eventuelle Rechnungskürzungen gehen zu Lasten des Kunden.

■ Freie Krankenhauswahl; Unterbringung je nach Tarif im Einzel- oder Zweibettzimmer; Chefarztbehandlung.

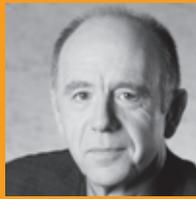
Sachleistungsprinzip;

■ Eingeschränkte Arztwahl: Der Arzt/Zahnarzt/Heilpraktiker muss eine Kassenzulassung haben.

■ Kasse rechnet direkt mit dem Arzt/Krankenhaus ab. Der Patient hat keinen Einblick in die Rechnung, aber auch keine Abrechnungsarbeit und Vorfinanzierung zu leisten.

■ Im zugelassenen Krankenhaus Unterbringung im Mehrbettzimmer; diensthabender Arzt.

■ Bei Schwangerschaft: Mutterchafts- oder Entbindungsgeld.



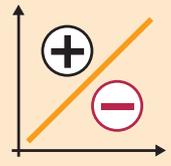
„Das Bewusstsein für eine kräftige private Vorsorge ist in unserem Land längst nicht ausgeprägt. Erst langsam verabschieden sich die Bürger von der Vorstellung, die gesetzliche Rente allein garantiere eine sorgenfreie Zeit im Alter.“

Walter Riester, 1998 bis 2002 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

## IM KLARTEXT

September 2006

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im September 2006

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

**Vollbeschäftigung** (+)  
4,372 Millionen Menschen waren im August arbeitslos, 14 000 weniger als im Juli. Im Vergleich zum Vorjahr gab es bundesweit sogar 426 000 Ar-

#### Arbeitslose



jeweils August  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

beitslose weniger. Frank-Jürgen Weise, Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit, hat festgestellt, dass sich die seit einem Jahr positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt fortsetzt: Es gebe deutlich weniger Menschen, die ihre Arbeit verloren haben; gleichzeitig sei die Zahl der offenen Stellen im August im Vorjahresvergleich

auf 619 000 (+154 000 Stellen) gestiegen.

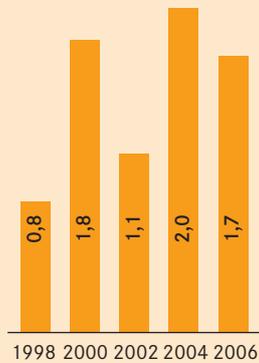
Betrachtet man die Arbeitslosenzahlen im August über mehrere Jahre, dann fällt auf, dass die Bundesagentur nur im August 2005 – damals waren knapp 4,8 Millionen Menschen ohne Arbeit – mehr Arbeitslose gemeldet hat als im vorigen Jahr.

#### Geldwertstabilität (+)

Für langlebige Gebrauchsgüter – Computer, Fernseher, Waschmaschinen etc. –, Obst und Gemüse sowie Kraftstoffe

#### Teuerungsrate

Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr in Prozent



jeweils August  
Quelle: Statistisches Bundesamt

sind im August die Preise gesunken. Das wiederum hat die Inflationsrate auf 1,7 Prozent (Juli: 1,9 Prozent) sinken lassen; die Rate erreichte damit den niedrigsten Stand seit Mai 2005. Experten rechnen bis zum Jahresende mit weiterhin niedrigen Inflationsraten. Anfang 2007 werde die Mehrwertsteuererhöhung die Teuerung dann wieder nach oben treiben.

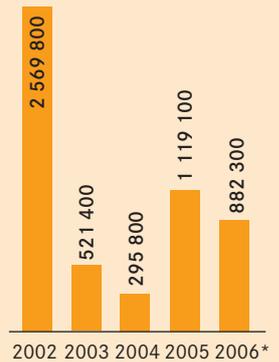
#### Eigenverantwortung (+)

Rund 882 000 Menschen haben im ersten Halbjahr 2006 eine private Altersvorsorge in Form der sogenannten Riester-Rente abgeschlossen. Einen höhere Zahl an Abschlüssen in einem Halbjahr gab es nur beim Start der Riester-Rente 2002. Bislang besitzen gut 6,5 Millionen Bürger einen Riester-Vertrag.

Der immense Zuwachs im ersten Halbjahr 2006 wird auf die Vereinfachung des Zulagenantrages – er muss nur noch einmal gestellt werden – und die Ausweitung der staatlichen Förderung zurück geführt: Seit Jahresanfang 2006 dürfen mit Riester-Verträgen drei statt anfangs einem Pro-

#### Riester-Rente

Neu abgeschlossene Verträge



\* 1. Halbjahr  
Quelle: Gesamtverband der Dt. Versicherungswirtschaft

zent des Einkommens gespart werden, maximal 1 575 € im Jahr. Die Förderquote beträgt zwischen 30 und 50 Prozent der eingezahlten Beiträge. Von 100 €, die in einen Riester-Vertrag eingezahlt werden, müssen die Sparer nur 50 bis 70 € aus der eigenen Tasche zahlen. Die restlichen Beiträge werden vom Staat als Zulage gewährt. Seit Einführung der Riester-Rente hat der Staat den Aufbau einer Riester-Rente zur privaten Alterssicherung mit rund einer Milliarde Euro unterstützt.

#### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture-alliance / dpa  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*